

Poker um Energie und Einfluss am Golf

Gastkommentar. Neben Misstrauen und technischen Details verhinderten Anfang dieser Woche auch regionale Rivalitäten und Sorge um den Ölpreis ein Abkommen zwischen dem Iran und den UN-Vetomächten plus Deutschland.

VON KARIN KNEISSL

In fast allen Sprachen nennt man das Gewässer, das den Iran von seinen südlichen arabischen Nachbarn trennt, den Persischen Golf. Nur im Arabischen heißt er Halij al Arabi, also Arabischer Golf. Der Machtanspruch zwischen Persern und Arabern zeigt sich deutlich in dieser Namensgebung. Zudem handelt es sich nicht um irgendeinen Golf, sondern um eines der rohstoffreichsten Gebiete der Welt. Hier werden das konventionelle, sprich relativ leicht zu explorierende und damit kostengünstige, Erdöl und Erdgas gefördert. Saudiarabien als Führungsmacht der sunnitischen Welt und der Iran als Zentrum des schiitischen Islam ringen um Hegemonie auf den Energiemärkten ebenso wie um ihren Einfluss in der muslimischen Welt. In diesem Machtkampf, der sich seit Jahrzehnten hinzieht, findet sich auch einer der vielen Gründe, warum der Iran doch (noch) nicht auf die internationale Bühne zurückkehrt.

Rückkehr der Realpolitik

Als am 24. November 2013 in Genf der Durchbruch zwischen den USA und dem Iran festgeschrieben wurde, reagierten die Saudis nervös. Die Furcht vor einem wiedererstarkten Nachbarn, der mit abgesehenem Nuklearprogramm gar zum neuen besten Freund Washingtons aufsteigen könnte, bestimmte fortan die Politik in Riad.

Den Enthüllungen von Wikileaks im Dezember 2010 verdanken wir interessante US-Depeschen, wonach der saudische König Abdullah die Vereinigten Staaten heftig zu einem Angriff auf den Iran gedrängt hatte. Die USA hatten daran ebenso wenig Interesse wie die israelische Militärführung, die sich in dieser Sache gegen Premierminister Benjamin Netanjahu stellte. Mit Argwohn verfolgten Saudiarabien und Israel gleichermaßen die mögliche Annäherung zwischen den USA und dem Iran.

Geheime Verhandlungen führten Diplomaten beider Staaten, die seit der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran im November 1979 nur indirekt miteinander kommunizierten, bereits im Februar 2013 im Oman. Noch lange bevor Hassan Rohani zum iranischen Präsidenten gewählt wurde, der sich gegenüber dem



Obersten Revolutionsführer Ali Khamenei zu verantworten hat, funktionierten die Kanäle zwischen Washington und Teheran wieder. Ohne Khamenei, den der pragmatische frühere Außenminister Ali Velayati berät, geht im Iran gar nichts. Es war der oberste Chef, der seinen Segen zur Öffnung gegenüber den USA erteilt hatte.

Scherbenhaufen Nahost

Zugleich sind die Iraner in Sorge und Wut angesichts des nahöstlichen Scherbenhaufens, den US-Interventionen verursacht haben. Der Islamische Staat und der internationale Jihadismus sind unmittelbare Folgen des Irak-Krieges von 2003. Doch zumindest indirekt will man an einem Strang ziehen.

Seit Jahren hatte man sich in Genfer Sitzungssälen wegen der Irak-Frage beschnuppert. Mit Blick auf gemeinsame Einflusszonen in Afghanistan stehen der „Große Satan“ und der „Schurkenstaat“, wie sie einander traditionell benennen, ebenso in Kontakt. Eine neue Realpolitik ersetzt allmählich die Dämonisierung. In den vielen Begegnungen, die US-Außenminister John Kerry und sein iranischer Kollege Javad Zarif seit einem Jahr hat-

ten, stimmt die Chemie. US-Unternehmen bestellten bei iranischen Beratern Marktstudien, um für das große Geschäft gerüstet zu sein. So befindet sich die größte Coca-Cola-Abfüllanlage der Region im Iran. Daran haben die Sanktionen nichts geändert.

Die großen Stolpersteine drohen Kerry und Zarif in ihren eigenen Hauptstädten. Neben den Falken daheim, die das versöhnliche Gurren in Wien misstrauisch beäugen, wollen auch die Saudis keine neue Geopolitik. Denn eine schiitische Einflusszone vom Iran über Bahrain und den Südirak hinein in den Libanon und Syrien könnte

DIE AUTORIN



Karin Kneissl (* 1965 in Wien) studierte Jus und Arabistik in Wien.

Sie war 1991/1992 Studentin an der ENA. 1990 bis 1998 im diplomatischen Dienst, danach Lehrtätigkeit. Zahlreiche Publikationen, darunter: „Die Gewaltspirale. Warum Orient und Okzident nicht miteinander können“ (2007); „Mein Naher Osten“ (Braumüller 2014).

[Privat]

auch die saudische schiitische Minderheit anziehen. Letztere lebt vor allem im Nordosten, wo sich auch das saudische Petrolistan erstreckt.

Im Iran wird vermutet, dass die Saudis in Wien heftig intervenierten, um ein neues Abkommen zwecks Normalisierung zu verzögern. Die Zwischenlandung des saudischen Außenministers Prinz Saud bin Faisal am Sonntag in Wien sorgt jedenfalls für Irritationen. Der US-Außenminister sauste nach Schwchat zum Treffen mit dem Kollegen aus Riad, der seit 1975 an der Spitze der saudischen Diplomatie steht und zuvor im Ölgeschäft tätig war. Nach außen drang nichts vom Inhalt der Gespräche. Doch eines könnte Amerikaner und Saudis, die derzeit wichtigsten Produzenten, aneinander geschmiedet haben: die Sorge um einen weiteren Verfall des Ölpreises.

Überangebot an Erdöl

Hätte es nämlich einen Festakt in der Hofburg rund um ein „historisches Abkommen“ gegeben, so hätte mit dem Wegfall der Sanktionen der Iran Zug um Zug seine Erdölproduktion wieder hochgefahren. Ein solches erweitertes An-

gebot könnte den Ölpreis weiter nach unten treiben. Denn seit Juni fiel der Preis wegen Überangebot und Rückgang der Nachfrage um 30 Prozent. Gemäß den weiterhin gültigen UN-Sanktionen darf der Iran nicht mehr als eine Million Fass pro Tag verkaufen, auch wenn das Land gerne mehr Öl auf den Markt bringen würde.

Irans Erdölminister Namdar Zangeneh bekundete im Dezember 2013 beim OPEC-Treffen in Wien zum Schrecken seiner Kollegen, dass der Iran bereit sei, auch für 25 US-Dollar pro Fass zu verkaufen. Damals stand der Preis noch bei 115 US-Dollar. Der Iran kalkuliert sein aktuelles Budget nun mit einem Preis von 70 US-Dollar.

Der Iran und seine Hinterhöfe

Damit können Russland und die US-Schiefergasproduzenten kaum mithalten. Auch Saudiarabien betonte stets, dass ein Preis von 100 US-Dollar eine Untergrenze sei. Die Produktionskosten sind hier niedrig, aber die Regierung muss die Untertanen mit „Brot und Spielen“ bei Laune halten.

Wenn der Weg nach Westen versperrt ist, könnte der Iran seinen Radius in seinem historischen Einflussgebiet ausbauen. Dieses erstreckt sich vom Gebiet der Safawiden-Dynastie, die um 1600 regierte, also weit bis in den Irak, aber auch bis Afghanistan und Richtung Pakistan. Erst seit 1935 ist der offizielle Landesname Iran und nicht mehr Persien. Die Wortwurzel leitet sich von Aryan, also Arier, ab.

Vielleicht kam da so manche Inspiration aus Berlin. Immerhin führten Hitler und der Schah einen Briefwechsel und strebten nach einer Allianz, während damals das britische Kolonialreich und die Sowjetunion das Land in die Zange nahmen. Seine Rolle sieht der 4000 Jahre alte Staat Iran aber eben in dieser Region asiens.

Mit Verachtung blicken die Iraner seit je auf die arabischen Emporkömmlinge am Golf. Denn das Arabien der Saud entstand erst 1932 und steht vielleicht auf wackeligeren Beinen, als manche glauben wollen. Jedenfalls hat man im Iran schon aus historischen Gründen einen sehr langen Atem und kalkuliert mit niedrigen Erdölpreisen, was auch immer die OPEC heute in Wien entscheiden mag.

E-Mails an: debate@diepresse.com

PIZZICATO

Auf die Procente kommt es an

Sind Sie auch schon so aufgeregt? Ja? Es ist kaum noch auszuhalten: Bekommt er wieder 83,4 Prozent? Oder gar 87,9? Oder überhaupt 90 plus? Was aber, wenn er unter 80 fällt? Dann ist er als Kanzler selbstredend untragbar. Wie bitte? Es handle sich nur um einen SPÖ-Parteitag? Egal. Niederlage ist Niederlage.

Aber ab wann können die Politologen, Umfrage- und Medienmenschen sowie sonstige Kaffeesudler dann von einem Erfolg sprechen? Das wird sich in diesem Leben für Werner Faymann nicht mehr ausgehen. 83,4 Prozent – eine erneute Niederlage. 87,9 Prozent – mit Mühe und Not und Ach und Krach irgendwie das desaströse, vernichtende Ergebnis vom letzten Mal ein wenig überboten. Und das mit all dem Aufwand von Gewerkschaften streicheln bis Frauen tätscheln. Und bei 90 plus? Auch schwach – im Vergleich zu Reinhold Mitterlehner. Der hatte 99,1 Prozent. Und das kann Werner Faymann nicht einmal überbieten, wenn er alle Insekte im Karl-Marx-Lesezirkel der Jusos aufkaufen würden.

Und über 100 Prozent – das würde ihm keiner abnehmen. Allenfalls würde noch irgendwas über „sowjetische Zustände“ gemault werden. Nein, Werner Faymann sollte sich am morgigen Freitag einen schönen Urlaubstag in seinem geliebten Venedig gönnen. In Wien hat er nichts zu gewinnen. (oli)

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Mit TTIP wird Europa über den Tisch gezogen

„Monopol im Internet? Das Google-Problem der EU“, 24. 11.

Das EU-Parlament drängt die Kommission, härter gegen Google vorzugehen, da der Konzern seine Marktmacht missbrauche. Das ist ja wirklich nett, zeugt aber von einer gewissen Realitätsverweigerung. Wenn nämlich TTIP beschlossen wird, befindet sich Europa auf dem Stand der 1950er-Jahre, was die erarbeiteten/er kämpften Standards betrifft.

Die allerhöchste Priorität kommt also der Aufgabe zu, zu verhindern, dass Europa mittels TTIP über den Tisch gezogen wird. Zahlreiche ARD-Dokumentationen warnen vor diesem Abkommen,

das die Souveränität der Staaten durch ein Schiedsgericht unterläuft. Vielleicht wachen ja jetzt ein paar Politiker auf: Jawohl, die Souveränität der EU-Staaten soll mittels TTIP unterlaufen werden, da Standards wechselweise anerkannt werden sollen, was bedeutet, dass die schlechteren US-Standards (dort gilt nicht das Vorsorgeprinzip) auch bei uns – gegen die Interessen der Bevölkerung – durchgesetzt werden könnten. Und Google hätte keinen Handlungsbedarf, außer auf das Freihandelsabkommen zu warten.

Dr. Andreas Ebert, 3340 Waidhofen/Ybbs

Hardliner haben noch nie Frieden geschaffen

„Israel 2014...“, „Quergeschrieben“ von Martin Engelberg, 25. 11. Angenommen, Martin Engelberg hat, wofür in der Tat einiges spricht, mit seiner pessimistischen Analyse recht. Und er zitiert auch Naftali Bennett zu Recht, der festgestellt hat, dass alle Versuche Israels, den Palästinensern ent-

gegenzukommen, nur zu mehr Gewalt gegen Israel geführt hätten: Was ist dann aber die Alternative? Wie soll es weitergehen?

Soll das ganze Jordanland von jüdischen Siedlern annektiert werden, sollen alle Bewohner ausgewiesen werden? Soll den israelischen Arabern die Ein-Kind-Familie amtlich verordnet werden, damit Israel nicht zu einem arabischen Staat mutiert?

Kann denn die von Engelberg bereits befürchtete Aushöhlung der demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen eine Lösung sein? Soll es weiterhin alle paar Jahre einen Krieg mit den Nachbarn geben, die als „menschverachtend“ und „rückständig“ gekennzeichnet werden?

Es gibt keine Alternative zu einem weiteren Versuch, Frieden zu schließen. Und ist dieser Versuch dreimal gescheitert, wird ein vierter Versuch notwendig sein – und ist auch der vierte gescheitert, ein fünfter usw. Auch mir wird angst und bange, wenn ich an Israel denke: ein Polizeistaat, ➤